

EUn

Auch in Tschechien EU-Kritik auf dem Vormarsch



EUnsinn

Werfen wir doch vor den EU-Wahlen auch mal einen Blick ins kleine Nachbarland Tschechien. Tschechien ist nicht so grün-rot versifft wie Deutschland. Die meisten Menschen hier haben die sozialistische Diktatur noch am eigenen Leibe erlebt und reagieren daher sehr allergisch auf den „neuen“ Sozialismus, der sich aus Brüssel ausbreitet. Auf der anderen Seite wurden die meisten Bürger hier ihr ganzes Leben lang der sozialistischen Umerziehung unterzogen und akzeptieren häufig den übermächtigen Staat als etwas Natürliches.

(Von J. Cimrman, Prag)

Die einzige Partei, die seit Jahren aus wirklicher Überzeugung gegen den übermächtigen Staat auftritt und den Austritt von Tschechien aus der EU und den Eintritt in die [Europäische Freihandelsassoziation](#) organisieren will, heißt die [Partei der freien Bürger](#) (Svobodni). Diese stetig wachsende Partei ist wesentlich liberaler als die deutsche AfD, hat bei den letzten Parlamentswahlen knapp 3% der Stimmen erhalten und wird laut

den letzten Umfragen bis zu 6% der Wähler am 24. Mai gewinnen können.

Interessant ist vor allem das interne System, nach dem diese Partei funktioniert: die 1.000 Mitglieder und mehr als 2.000 offiziellen Sympathisanten finanzieren die Partei komplett durch ihre Beiträge. Alle Parteigremien, inklusive Vorstand, werden ausnahmslos durch Internetwahlen von den Mitgliedern bestimmt. Die Kandidaten und deren Reihenfolge werden ebenfalls immer mittels Internetwahlen bestimmt, an denen aber auch die Sympathisanten teilnehmen dürfen.

Im Rahmen der Europawahl haben sich „Svobodni“ den Begriff „[EUnsinn](#)“ (auf tschechisch „euronesmysl“) einfallen lassen, der erstens ziemlich genau beschreibt, worum es sich bei der heutigen EU handelt und zweitens das Zeug hat, den Weg in die Umgangssprache zu finden. Der größte EUnsinn ist sicherlich der Euro, der ökonomisch völligen Nonsens darstellt. Aber auch andere europäische „Errungenschaften“, wie z.B. Solarstrom, haben es an sich: die Erzeugung von Solarstrom kostet die Bürger Tschechiens in den nächsten zehn Jahren jährlich 40 Milliarden Kronen (1,5 Mrd. Euro). Das ist für dieses kleine und vergleichsweise arme Land immens viel. Wer den tschechischen nebligen Winter und regenreichen Sommer kennt, kann sich ausrechnen, wie mickrig die Solarstromleistungen dabei sind. (Aus dem Grunde wurden auch letztes Jahr 80% der Solarfirmen des Betruges überführt, weil sie wegen des Wetters so gut wie keine Ausbeute haben konnten, die Subventionen aber unbedingt einstreichen wollten.)

Die Zerfallerscheinungen innerhalb der EU müssen bereits ziemlich ruchbar sein, denn im tschechischen EU-Wahlkampf geben die meisten Parteien plötzlich zumindest Euro-kritische Töne von sich! Selbst die Bürgerpartei (ODS), die als seinerzeit mächtigste Regierungspartei den Beitritt Tschechiens zur EU und die Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag zu verantworten hat, plakatiert heute „[Wollen sie keinen Euro? Unterschreiben Sie bei uns die Petition.](#)“

Dass sich diese Trendwende, weg von der EU, nicht nur in Tschechien vollzieht, sondern auch in den großen Kernländern der EU, scheint der Artikel bei FOCUS online zu bestätigen: [„Nur ein Drittel der Franzosen will in der EU bleiben“](#). Die weiterreichende Integration der EU-Länder befürworten demnach nur um die 10% der Wähler in Deutschland, Frankreich und Britannien.

Die EU hat es mit Hilfe riesiger Werbeetats verstanden, manche Mythen aufzubauen, die zuerst mal niedrigerissen werden müssen. Dann wird die Sicht auf sinnvolle Alternativen zu diesem bürokratischen Moloch frei.

Dazu könnte der Wahlspot der tschechischen Partei beitragen, hier mit deutschen Untertiteln:

Ayaan Hirsi Ali: „Boko Haram ist repräsentativ für den islamischen Terror“



Der Westen befindet sich zurzeit in akuter Erklärungsnot, was die Taten der

islamischen Terrorgruppe Boko Haram betrifft. Zuletzt wurden die rund 200 in Nigeria aus einer Schule [verschleppten Mädchen](#) per Video der Welt vollverschleiert und angeblich freiwillig zum Islam konvertiert, offensichtlich Koranverse rezitierend, vorgeführt. Terrorchef Abubakar Shekau macht die Freilassung der Mädchen von einer Befreiung aller inhaftierten Islamisten abhängig.

(Von Alster)

Eigentlich kann es für die brutalen Übergriffe dieser Moslems keine wie immer geartete Relativierung geben, aber der Westen ist offenbar finster entschlossen, die Menschen glauben zu machen, das habe alles nichts mit dem Islam zu tun. Da wird zum Beispiel [von einem Psychopathen schwadroniert](#) oder man lässt den Hintergrund, nämlich den Hass des Islams, völlig außen vor, wie alle von einander abschreibenden gleichgeschalteten „Berichterstatter“.

Eine, die es besser weiß, bezieht hingegen sehr klar Stellung. Gewohnt kompetent äußert sich Ayaan Hirsi Ali (Foto) über die Bedeutung und den Werdegang der „Boko Haram“ aus der islamischen Gemeinschaft heraus. Als jemand, der die Grausamkeiten des Islam am eigenen Leib erfahren musste, fragt sie: „Die nigerianische Terrorgruppe repräsentiert den normalen Islamisten-Hass gegen Frauenrechte. Wann wird der Westen aufwachen?“

Sie konkretisiert, was der Name der Terrorgruppe genau bedeutet. Er wird meistens mit „westliche Bildung ist verboten“ übersetzt. Richtiger wäre „nicht-muslimische Lehre ist verboten“, und nicht so eingängig wie Boko Haram lautet der formelle arabische Name der Terrorgruppe: „Jam’at Ahl as-Sunnah lid-da’wa wal-Jihad“, der weit mehr über die Gruppe und ihrem Ziel aussagt.

Die englische Übersetzung heißt dann: „The Fellowship of the Tradition for Preaching and Holy War“, die Gemeinschaft der

Tradition für Predigt und Heiligen Krieg. Diese Gruppe ist also weit davon entfernt, anomal oder exotisch innerhalb der Terroristengruppen zu sein, so wie es meist dargestellt wird.

Boko Harams Ziele und Methoden sind im Gegenteil sehr repräsentativ für den islamischen Terror. Ayaan Hirsi Ali weiß aus Erfahrung, dass unter den Jihadisten nichts geächteter ist als gleichberechtigte und ausgebildete Frauen. Die Entführung der Schulmädchen zeigt in aller Deutlichkeit das zentrale Ziel unter den Jihadisten: Frauenunterdrückung. Boko Haram meint, wie alle Islamisten, vorbehaltlos, dass es Mädchen als Sklaven besser hätten, denn als Schulmädchen.

Als Beispiel nennt sie auch das Taliban-Attentat auf Malala Yousafzai in Pakistan, weil sie für die Mädchenausbildung kämpfte. Sie fragt, wo die muslimischen Studentenvereinigungen seien, die Boko Haram verurteilten, wo die Verdammung in den Freitagspredigten blieben und wie man dieses Phänomen denjenigen erklären könne, die in diesen Tagen lieber eifrigst Jihad-Kritiker als „Islamophobe“ einsauen (wörtlich übersetzt) würden, als sich für die Rechte der Frauen einzusetzen.

[Eindrücklich hält Ayaan Hirsi uns vor Augen](#), wie diese Terrorgruppen entstehen:

„Organisationen wie Boko Haram entstehen nicht in einem Vakuum. Die Männer, die Islamistengruppen einrichten, ob in Afrika (Nigeria, Somalia, Mali), Südwest-Asien (Afghanistan, Pakistan) oder in Europa (GB, Spanien, Niederlande...), sind Mitglieder von gut etablierten und lange existierenden muslimischen Gesellschaften, deren Mitglieder es meistens vorziehen ein friedliches Leben zu führen. Um zu verstehen, warum Jihadisten entstehen, musst du die innere Dynamik in diesen Gesellschaften verstehen.“

Wir sollen uns einen jungen Mann aus welcher muslimischen Gesellschaft und wo auch immer in der Welt vorstellen, der einen Männerverein etablieren möchte, der der Sunna (die

Tradition, die die Rechtleitungen des Propheten Muhammed vorgeben) folgt. Viel wird sich um die Stellung der Frau drehen. Er wird verlangen, dass Mädchen und Frauen im Hause bleiben und von Kopf bis zum Zeh zugedeckt sind, wenn sie rausgehen. Er wird auch die Freizügigkeit des Westens verdammen.

Seine fundamentale Botschaft wird in der Gemeinde Bewunderung erfahren; er erweitert stetig seinen Zuhörererkreis. Dann kommt die Kraftprobe möglicherweise auch gegen einen etablierten muslimischen Führer (Imam), der seine Position gefährdet sieht. Er hält aber stand, denn die Standhaftigkeit gilt in der Sunnah als der wichtigste Schlüssel zum Paradies. An diesem Punkt erscheint ihm der „heilige Krieg“ plötzlich selbstverständlich.

Genauso verlief die Entwicklung von Boko Haram. Die Gruppe wurde 2002 von dem jungen Mohammed Yusuf eingerichtet, als er in einer muslimischen Gemeinde im Teilstaat Borno im nördlichen Nigeria mit den Verkündigungen begann. Er gründete ein Unterrichts-Zentrum, inklusive einer Moschee und muslimischen Schule. 2009 wurden er und einige Mitglieder verhaftet. Dieser Vorgang führte zu Gewalt und kostete 700 Menschenleben. Er starb im Gefängnis, aber die Saat war gepflanzt, und einer von Yusufs Nächstkommandierenden, Abubakar Shekau, führte Boko Haram in den Jihad. 2011 führte Boko Haram seinen ersten Terrorangriff aus. Vier Menschen wurden getötet, und von da an war Gewalt der Hauptauftrag der Gruppe. Vor den jüngsten Entführungen folgten Autobomben und 59 ermordete Schüler im Februar und ein Angriff auf die Stadt Gaboru Ngala; Hunderte wurden getötet.

Hirsi Ali:

„Mir wird oft erzählt, dass der gewöhnliche Moslem Gewalt und Terrorismus aus ganzem Herzen ablehnt, und dass man nicht die Ansichten der Extremisten teilt, dass eine degenerierte und korrupte westliche Kultur durch den Islam ersetzt werden

sollte, und dass man die Herabsetzung der Frauenrechte verabscheut. Gut denn, es ist an der Zeit, dass diese friedliebende Muslime mehr tun, viel mehr, um gegen die aus ihre Mitte Widerstand zu leisten die derart missionieren, bevor sie sich in die nächste Phase entwickeln, den „heiligen Krieg“.

Es ist auch an der Zeit, dass die westlichen Liberalen aufwachen. Falls sie es vorziehen, Boko Haram als eine Anomalie anzusehen, tun sie es in eigener Verantwortung. Die Entführung dieser Schulmädchen ist keine isolierte Tragödie; deren Schicksale reflektieren eine neue Jihad-Welle, die weit über Nigeria hinausgeht, und eine tödliche Drohung gegen Mädchen-und Frauenrechte bedeuten.

Falls diese meine Ausführungen gewissen Menschen mehr Kränkungen zufügen als die abscheulichen Taten von Boko Haram, dann soll es so sein.“

Ayaan Hirsi Ali ist über jeden Zweifel bezüglich Rassismus wohl erhaben. Und wer sie als „islamophob“ herabwürdigen will, versteht nicht, dass diese Frau besser, als die meisten Menschen sehr genau weiß, wovor sie warnt.

Hier ein Video der CNN:

Muslimischer Tierschänder klagt auf blutige Lizenz



Am Mittwoch, 15.

Mai, wird ein muslimischer Tierschänder vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen auf Genehmigung seines blutrünstigen Gewerbes klagen. In der [Pressemitteilung des Gerichts](#) heißt es: Der Kläger gehört der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ an und möchte in Marl eine Schlachtereieröffnung, in der Rinder und Schafe nach islamischem Ritus ohne Betäubung geschlachtet (geschächtet) werden.

Der beklagte Kreis lehnte die dazu erforderliche Ausnahmegenehmigung nach dem Tierschutzgesetz unter anderem deshalb ab, weil der Kläger zum Einen nicht hinreichend dargelegt habe, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, die das Schächten aufgrund ihrer Glaubensauslegung als zwingend ansehe. Zum anderen bestünden Zweifel an der Sicherstellung der für eine solche Genehmigung erforderlichen technischen Abläufe. (Der Termin war ursprünglich am 20. Februar 2014 angesetzt und wurde auf den jetzigen Termin verlegt) 15.05.2014, 11.30, Saal IV 16 K 1326/13 E / Kreis Recklinghausen

Der Prozess ist öffentlich, Besucher sind willkommen.



EZB: 5. Juni – Tag X für deutsche Sparer



Die womöglich bisher übelste Ausgeburt eurokratischer Finanzpolitik steht uns kurz bevor: EZB-Präsident Mario Draghi (Foto) wird die Zinsen im Juni auf null drücken – oder sogar darunter. So könnte es sehr bald passieren, dass der deutsche Sparer, anstatt Zinsen für seine Sparkonten und Zinspapiere zu bekommen, gnädigerweise zur Bestrafung für Sparsamkeit und Fleiß zur Kasse gebeten wird. Es darf laut EUdSSR-Ideologie einfach nicht sein, dass manche Staaten in einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum erfolgreicher sind als andere, daher müssen die Erfolgreichen nun für die Versager bluten. Der genaue Termin steht schon fest: Der 5. Juni 2014.

Der [FOCUS](#) schreibt:

Es ist ein cleverer Plan: Von Monat zu Monat steigert Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), seine Warnungen vor dauerhaft fallenden Preisen („Deflation“). Damit bereitet er das geneigte Publikum auf seine nächste Zinssenkung vor. Anfang des Jahres kündigte er eine

„entschlossene Reaktion“ der Zentralbank an, im April verwies er auf die „einstimmige Haltung“ seiner Kollegen und vergangene Woche nannte er sogar schon den Zeitpunkt der Tat – das „nächste Treffen“ der EZB am 5.Juni.

Die Folgen wären dramatisch. Draghi hat die Zinsen europaweit schon auf 0,25 Prozent herunter geprügelt. Sie können jetzt nur noch auf null oder sogar darunter sinken. Banken, die ihr Geld bei der EZB parken, müssten dann einen Strafzins zahlen. (...)

Denn die Banken werden diese Null- oder Negativzinsen sofort an ihre Kunden weiter reichen – natürlich ohne gleichzeitig die Dispozinsen von bis zu 15 Prozent zu senken.

Zinslose Kredite und Kauf von Staatsanleihen

Warum tut Draghi das? Ganz einfach. Er weiß, dass Frankreich, Italien und die anderen völlig überschuldeten Staaten Südeuropas ihre Finanzlast nicht mehr lange tragen können. Außer, die Europäische Zentralbank hilft ihnen: Zum einen durch quasi zinslose Kredite, zum anderen durch den Kauf ihrer Staatsanleihen.

Die herbeigeredete Deflation droht aber Europa überhaupt nicht.

Zwar steigen die Preise im Euroraum derzeit kaum noch, die Inflation ist mit 0,7 Prozent so niedrig wie lange nicht mehr. Das liegt aber fast ausschließlich an den sinkenden Löhnen und Preisen im kriselnden Südeuropa.

Diese Länder büßen gerade für die Sünden der Vergangenheit – sie durchlaufen eine sinnvolle ökonomische Korrektur: Dank der fallenden Löhne und Preise werden sie international wieder wettbewerbsfähiger. Im Norden Europas baut sich hingegen eher ein Inflationsschub auf – die Konjunktur boomt, die Gehälter steigen, die Preise für Immobilien und Aktien

schießen sogar bereits in ungesunde, spekulative Bereiche.

Dass durch diese Politik die Sparguthaben von Millionen Sparern abgeschmolzen werden und dadurch eine Enteignung auf kaltem Wege stattfindet, kümmert die Banker nicht, denn die Sparer spielen für die Zentralbanker schlichtweg keine Rolle.

„Für vorsichtige Sparer gibt es derzeit keinen ökonomischen Verwendungszweck mehr“, analysiert bitter die „Financial Times“.

Das ist erst der Anfang der Wehen, und es wird noch schlimmer kommen, wenn durch den Wahlausgang am 25. Mai das Ruder nicht noch in letzter Minute herumgerissen wird.



Demokratie „op kölsche Art“



Am 25. Mai findet neben der Europawahl auch die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen statt. Aus diesem Grund hat der „Kölner Stadt-

Anzeiger“ nach dem Vorbild des Wahl-0-Mats der Bundeszentrale für politische Bildung seit Montag erstmals einen sogenannten [„Köln-0-Mat“](#) online gestellt. Dort kann der Bürger anhand von 30 Fragen herausfinden, mit welcher Partei er am meisten übereinstimmt. Wer nun aber die Wählervereinigung „Pro Köln“ unter den neun angebotenen Parteien sucht, hat Pech gehabt. Für den Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) ist die islam- und einwanderungskritische Partei politisch nicht gewünscht und deshalb auch nicht existent!

KStA-Redakteur Andreas Damm gibt dies auch in seinem [Artikel über den „Köln-0-Mat“](#) unumwunden zu:

[...]

Im Köln-0-Mat sind SPD, CDU, Grüne, FDP, Die Linke, Freie Wähler und Deine Freunde aufgeführt. Diese sieben Parteien und Vereinigungen sind im Stadtrat vertreten. Zusätzlich hat die Redaktion die Piraten und die AfD aufgenommen. Sie alle haben die von uns erarbeiteten 30 Fragen beantwortet.

Pro Köln wird vom NRW-Verfassungsschutz beobachtet und als rechtsextremistisch eingestuft. Es gebe „tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung“, heißt es im Verfassungsschutzbericht des Landes. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ möchte nicht den Eindruck vermitteln, dass er eine rechtsextremistische Gruppierung für wählbar hält, in dem er zu einer möglichen Wahlentscheidung zugunsten Pro Kölns beiträgt. Daher ist die Gruppierung in unserer Befragung nicht berücksichtigt.

Man muss kein Freund von [Pro Köln](#) sein, um diese Nichtberücksichtigung einer Partei, die seit vielen Jahren im Kölner Stadtrat vertreten ist, als totalitär, undemokratisch und einer großen deutschen Tageszeitung unwürdig zu verurteilen.

Kontakt:

[Andreas Damm](#)

Redakteur in der KStA-Lokalredaktion

Tel.: 0221/224 2736

E-Mail: andreas.damm@mds.de



Krefeld: Islamkritiker unerwünscht beim „Tag des christlich-islamischen Dialogs“



Am Samstag, dem 10.

Mai 2014, fand – [wie bereits angekündigt](#) – der [„Tag des christlich-islamischen Dialogs“](#) in Krefeld statt. Vor über 300 Gästen gab es im Großen Saal des Seidenweberhauses eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Wie hältst Du’s mit der Religion?“. Der Veranstalter, die Christlich-Islamische

Gesellschaft, verkündete schon im Vorfeld: „Interreligiöser Dialog ist vielfältig, anregend und immer wieder überraschend.“ Für die anwesenden Islamkritiker sollte die Überraschung in Form von Gewalt von Seiten islamistischer Aktivisten der Grünen bestehen.

(Von Jürgen Grimm)

Dabei begann der Tag doch so harmonisch, wie es immer beim Dialog mit Muslimen üblich ist. Die Moderatorin Asli Sevindim vom WDR forderte die Anwesenden auf, über die schlechten Erfahrungen mit ihrer eigenen Religionsgemeinschaft zu erzählen. Die anwesenden christlichen Vertreter berichteten über ihre bedrückenden Erfahrungen mit Priestern und Pfarrern. Demgegenüber verdrehten die muslimischen Vertreter die Frage der Moderatorin dahingehend, dass sie ihre schlechten Erfahrungen den Christen zuschoben.

Offenbar wurde es dem „Star des Podiums“, Aiman Mazyek, dann zu langweilig, und so durchbrach er die harmonische Atmosphäre, indem er plötzlich die deutsche Gesellschaft als islamophob und islamfeindlich beschrieb und die Deutschen als muslimfeindliche Rassisten beschimpfte.

Diese Vorgabe von Mazyek durchzog auch die Workshops, die um 13:40 Uhr begannen. Die anwesenden Deutschen wurden von Anfang an an den Pranger gestellt. Jeder musste unentwegt bekennen, dass er ein Rassist ist – ein anti-muslimischer Rassist. Jeder Deutsche würde die Muslime diskriminieren und so die aggressiven Reaktionen der Muslime provozieren.

Im Workshop „Muslime und Christen – zwischen Identität und Karikatur“ verstieg sich ein türkischer Muslim gar zu der These, dass die deutsche Sprache an sich schon rassistisch und fremdenfeindlich sei; demgegenüber könne man im Türkischen und Arabischen so etwas gar nicht ausdrücken, da diese Sprachen frei von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien. Ein Beweis war für ihn, dass die Palästinenser stets unter dem Rassismus

der Juden in Israel leiden würden, ohne antworten zu können, da die arabische Sprache keine Worte für Rassismus kennt.

Ein anwesender Teilnehmer lieferte daraufhin Gegenbeispiele: Bei der Palästinenserdemonstration 2005 in Düsseldorf schrien die Palästinenser: „Scharon ist Kindermörder!“, „Tod Israel“ oder „Juden ins Meer“. 2012 zeigten die Salafisten in Köln Karikaturen, bei denen Juden als Schweine und Affen dargestellt wurden, wie es der Koran vorgibt. Die anwesenden Teilnehmer des Workshops erkannten nun die Lügen des türkischen Muslims, was ihn hörbar in Wut versetzte.

Diese Wut wurde von besagtem Muslim in einen anderen Workshop mit dem Thema „NSU? – damit hab ich doch nix zu tun!?“ getragen. Diese Veranstaltung wurde von den beiden Grünen Regina Laudage und Hasret Karacuban, Leiterin des Arbeitskreises „Grüne Muslime NRW“, geleitet. Erst einmal begannen beide, die deutsche Polizei, den Staatsschutz und den Verfassungsschutz zu diffamieren und zu beleidigen. Dann forderten sie die anwesenden Deutschen auf, ihren anti-muslimischen Rassismus zu bekennen. Ein Teilnehmer wollte jedoch diese Beleidigung der deutschen Polizei nicht unwidersprochen lassen und verwies darauf, dass es die türkische Polizei gewesen war, die als erste behauptet hatte, dass es sich bei den NSU-Morden um Morde aus dem türkischen Verbrecher- und Erpressermilieu handeln würde. Deshalb wurde auch die „Soko-Bosporus“ gebildet.

Ein weiterer Teilnehmer verwies dann darauf, dass der „Spiegel“ herausgefunden hätte, dass die Opfer der NSU-Morde vor den Mordanschlägen auf Türkisch bedroht worden wären. Deshalb hätten die später Ermordeten selber den Eindruck gehabt, dass sie von der türkischen Mafia oder dem sogenannten „Tiefen Staat“ (meint: verbrecherische Aktivitäten vom türkischen Geheimdienst und der türkischen Politik) bedroht würden.

Nach diesen beiden Verweisen auf die türkischen Hintergründe

der NSU-Morde schrie der schon zuvor wegen seiner Lügen bekannte türkische Muslim seine Wut heraus. Er beschimpfte die beiden Teilnehmer und diffamierte sie, indem er mit Nazi-Vergleichen und Goebbels-Anspielungen um sich warf. Die beiden Moderatoren der Grünen stellten sich natürlich sofort auf die Seite des muslimischen Türken, indem sie die beleidigenden Nazi-Vergleiche zum Anlass nahmen, nunmehr ein Kesseltreiben gegen die anwesenden Islamkritiker auszulösen. Plötzlich stürzten unzählige Deutsche und Türken in den Raum. Die Islamkritiker wurden mit verbaler und körperlicher Gewalt bedroht, und die Atmosphäre im Raum heizte sich immer mehr auf. Zwei Frauen fielen in Ohnmacht und schließlich mussten die Islamkritiker fluchtartig den Raum verlassen.

Draußen verwies dann der Veranstalter, Dr. Thomas Lemmen, die Islamkritiker kraft seines Hausrechts der gesamten Veranstaltung. Er hatte wohl auch keine andere Wahl, da von allen Seiten deutsche Islamfreunde und türkische Muslime herbeieilten. Dadurch entstand eine bedrohliche Situation, die nur durch die Anwesenheit der hinzukommenden Polizei friedlich gelöst werden konnte.

Der zweite Teil des „Tags des christlich-islamischen Dialogs“ beschäftigte sich mit dem Thema „Zukunft im Dialog“. Wie dieser Dialog in Zukunft aussehen wird, konnten die anwesenden Islamkritiker schmerzlich erfahren. Doch waren die Probleme schon von vornherein zu erwarten gewesen, da die Christlich-Islamische Gesellschaft die Veranstaltung zusammen mit verfassungsfeindlichen Organisationen ausgerichtet hatte. So gehörten zu den offiziellen Kooperationspartnern der Veranstaltung die türkischen Islamisten von Milli Görüs (IGMG) und der antidemokratische islamische Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ). Bei der Organisation der Veranstaltung waren auch stadtbekannt Mitglieder der Grauen Wölfe beteiligt. Auf den Büchertischen lagen Hassbücher gegen Juden und Israel aus.

Welche Zukunft hat der christlich-islamische Dialog in

Deutschland? Gewiss stellt der Tag in Krefeld keinen Beitrag zum Dialog dar, denn ein wirklicher Dialog beginnt bei der Islamkritik und endet mit der Kritik an den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Islam-Verbände Milli Görüs, VIKZ, IGD (Islamische Gemeinschaft in Deutschland) und Salafisten. Deutschland darf nicht zulassen, dass die internationalen Standards von Humanität und Menschenrechten preisgegeben werden, denn Islamisierung bedeutet die Entrechtung der Frauen, Zwangsverheiratung von Kindern, Genitalverstümmelung von Mädchen, Ehrenmorde, die Verfolgung von Christen wie in Nigeria oder Pakistan und letztendlich die Aufgabe einer freien und pluralistischen Gesellschaft.

Video der gutmenschlichen Evangelischen Kirche im Rheinland zur Veranstaltung:

Kontakt zum Mitorganisator des „Dialogtags“:

» rafael.nikodemus@ekir-lka.de

Kritischer Medienbericht:

» Bonner General-Anzeiger: [Nicht auf Augenhöhe](#)

**Berlin: 13-jähriges Mädchen
und 14-jähriger Junge
schlagen fünf Polizisten
krankenhausreif**



Almanya ist ein Irrenhaus! Im Land der maximalen Toleranz, Ignoranz und Feigheit übernehmen jetzt zunehmend gewalttätige Jugendliche und Kinder die Macht. Und offenbar ist das von der herrschenden Klasse auch genau so gewollt! Gewalt gegen die Polizei, die den deutschen Rechtsstaat schützen soll, ist scheinbar ein Kavaliersdelikt. Wegen der Nazivergangenheit muss ein deutscher Polizist alles erdulden, ohne sich wehren zu dürfen, sonst ist er selbst ein Nazi. „Knüppel aus dem Sack“ gilt nur für Ausländer, für bestimmte ganz besonders, und linke Autonome.

(Von Verena B., Bonn)

Wieder einmal berichtet die [Berliner Morgenpost](#):

Zwei Teenager schlagen Polizisten krankhausreif

Eine Gruppe Teenager pöbelte in Berlin Polizisten an. Als die Beamten sie kontrollieren wollten, schlugen ein 13-jähriges Mädchen und ein 14-jähriger Junge zu. Fünf Polizisten mussten ins Krankenhaus.

Kinder und Jugendliche haben am Samstagabend in Berlin, Pankow fünf Polizeibeamte verletzt. Alle fünf Einsatzkräfte mussten in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden, drei Polizisten konnten trotz der Behandlung ihren Dienst nicht fortsetzen.

Die Täter waren ein 13-jähriges Mädchen und ein 14 Jahre alter Junge. Nach Angaben eines Polizeisprechers waren am

Sonnabend gegen 19.45 Uhr zwei Streifenwagen auf der Elsa-Brändström-Straße unterwegs. Dort sahen die Beamten eine Gruppe von zehn Kindern und Jugendlichen.

Aus der Gruppe heraus seien die Beamten angepöbelt und beleidigt worden, hieß es. Als die Polizisten für eine Personenkontrolle anhielten, rannte die Gruppe weg. Die Beamten konnten aber kurz darauf einen 14 Jahre alten Jugendlichen fassen.

Er sei bereits polizeibekannt, hieß es. Der Junge habe sehr heftige Gegenwehr geleistet. Massive Unterstützung erhielt der 14-Jährige dabei von einem 13-jährigen Mädchen. „Das Kind hatte einen Beutel mit einer Glasflasche bei sich“, sagte ein Polizeisprecher. „Damit schlug sie immer wieder um sich und traf dabei Polizisten im Gesicht.“

Unter anderem erlitten die Beamten starke Schwellungen an den Augen. Die verletzten Polizisten wurden in einem Krankenhaus ambulant behandelt, drei von ihnen konnten ihren Dienst anschließend nicht mehr fortsetzen.

Noch strafunmündig

Das 13-jährige Mädchen wurde seinen Eltern übergeben, den 14-jährigen Jungen brachten die Beamten in die Obhut des Jugendamtes. Der Junge lebt bereits in einem Heim.

Ein Familiengericht soll den Eltern das Sorgerecht entzogen haben. Auf den 14 Jahre alten Täter kommt nun ein Strafverfahren zu, das Mädchen ist mit 13 Jahren noch strafunmündig.

Erst Ende März sorgte ein Fall für Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Zwei zwölf und 15 Jahre alte Mädchen hatten eine Frau auf dem S-Bahnhof Schöneberg krankenhaushausreif geschlagen.

Ein eingesetzter Polizeibeamter wurde durch Tritte und

Schläge in den Unterleib so verletzt, dass er ebenfalls in ein Krankenhaus musste. Als die Beamten das zwölfjährige Mädchen seinem Vater übergaben, erstattete der polizeibekannt Mann Anzeige gegen die Beamten.

Zudem erstatteten die Mädchen Anzeige gegen die verprügelte Frau. Sie habe mit der Schlägerei begonnen, sagten die Mädchen.

In den Diskussionsrunden des staatlich gelenkten Fernsehens ist die Gewalt jugendlicher Straftäter in letzter Zeit häufig ein Thema. Selbstverständlich werden hierzu stets auch Demokratiefeindinnen mit Kopftuch und korangläubige Männer befragt. Diese machen die deutschen Lehrer für die Missstände verantwortlich, weil sie im Fall muslimischer Kinderverbrecher in der Schule angeblich nicht kultursensibel auf die orientalischen Prinzen einwirken. Es müssten mehr Lehrer mit muslimischen Wurzeln eingestellt werden, weil diese die kriminellen Kids besser verstehen könnten und auch eher Zugang zu deren Familien hätten.

Die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig ([„Das Ende der Geduld“](#)) hat seinerzeit in zahlreichen Talkshows immer wieder Folgendes betont: „Wenn wir nicht rasch und konsequent handeln, wenn wir unsere Rechts- und Werteordnung nicht entschlossen durchsetzen, werden wir den Kampf gegen die Jugendgewalt verlieren!“ Kirsten Heisig hat gekämpft und dieser Kampf endete mit ihrem Tod. Aber im Richtlinienkatalog der in der Integrationsindustrie Beschäftigten steht nach wie vor: „Täterschutz statt Opferschutz“! So ist es und so soll es bleiben. Wer anderer Meinung ist, ist ein Ausländerfeind und ein Nazi!

Die Deutschen haben doch immer alles nachgemacht, was in den USA angesagt war. Warum tun sie das nicht auch endlich in Sachen Verbrechensbekämpfung?

Video: Akif Pirinçci zu Gast im „Café Ungehorsam“

Teil 2:

Teil 3:

Teil 4:

Teil 5:

» [Facebook-Seite](#) von Dr. Alfons Proebstl



Günter Wallraff, McDonalds und die Gier



Von Zeit zu Zeit macht die linke Journalistenikone Günter Wallraff von sich Reden: Zuletzt mit Sozialbetrug ([PI berichtete](#)), diesmal mit einer Schmiergeldaffäre im Zusammenhang mit McDonalds. Wallraff hatte Anfang Mai Hygienemängel beim Fastfoodriesen Burger King aufgedeckt, die so eklig waren, dass die Umsätze des Unternehmens empfindlich einbrachen und die Konkurrenz sich ins Fäustchen lachte: McDonalds. Nun kam heraus: Wallraff hatte vor drei Jahren mit McDonalds zusammengearbeitet und entsprechende Honorare kassiert, so dass ein völlig neues Licht auf seine vorgebliche Enthüllungsstory fällt.

Die [FAZ](#) berichtet:

Wallraff habe unter anderem an zwei Treffen teilgenommen, die von der PR-Agentur von McDonald's organisiert worden waren. Dort habe er als Redner fungiert und sei dafür mit insgesamt 8000 Euro honoriert worden, die an Wallraffs Stiftung gingen.

Darüber hinaus habe sich Wallraff für ein internes Schulungsvideo von McDonald's zur Verfügung gestellt, die Aufnahmen seien aber nicht verwendet worden. Das Honorar von ebenfalls 5000 Euro sei auf Wallraffs Wunsch hin an eine hilfsbedürftige Person überwiesen worden. Ferner habe sich Wallraff an der Ausarbeitung einer internen Befragung der Mitarbeiter von McDonald's beteiligt.

Und auch der [SPIEGEL](#) schreibt:

Wallraff gehörte seit den achtziger Jahren zu den härtesten Kritikern von McDonald's. Damals hatte er sich für sein Buch „Ganz Unten“ als türkischer Arbeiter „Ali“ bei McDonald's

eingeschlichen und anschließend über gravierende Missstände berichtet. Auch viele Jahre danach hatte er sich äußerst kritisch über den Konzern geäußert. (...)

Bei einer Protestveranstaltung gegen Burger King am vergangenen Mittwoch in Essen sagte Wallraff, McDonald's habe seit Jahren „die besseren Standards“.

Linke wie Günter Wallraff können besonders gut mit der Sozialkeule um sich schlagen und mit dem Finger auf andere zeigen. Leider vergessen sie dabei immer wieder, dass im selben Zuge drei Finger auf sie zurückzeigen. So entlarven sie sich selbst.

Video München: Salafisten verteilen Bücher mit Befehlen zum Töten von Nicht-Moslems



Am vergangenen Samstag war in der Münchner Fußgängerzone eine Menge los: Zunächst

[störten Linke massiv](#) einen Flashmob gegen Christenverfolgung. Redner einer Kundgebung der Gewerkschaft verdi [weigerten sich hartnäckig](#), gegen linksextreme Gewalt Stellung zu beziehen. Vom Stachus dröhnte eine Band der Kommunistischen Partei Deutschlands. Direkt davor verteilten Salafisten unter dem Karlstor massenhaft kostenlose Korane, in denen bekanntlich zum Bekämpfen, Unterwerfen und bei Gegenwehr Töten von Nicht-Moslems aufgerufen wird. Linksextreme und Salafisten beherrschten an diesem Tag die Münchner Innenstadt – mittendrin ein paar Freiheits-Aktivisten..

(Von Michael Stürzenberger)

Einer der Salafisten hatte am 17. August 2012 bei einer Kundgebung der FREIHEIT die schwarze Flagge der aus der Muslimbruderschaft hervorgegangenen und in Deutschland verbotenen islamisch-fundamentalistischen [Hizb ut Tahrir-Organisation hochgehalten](#). Er steht auf dem Foto rechts:



Von dem gebürtigen Tschetschenen sind auch schon Fotos im Internet aufgetaucht, die ihn mit einer Waffe im Gürtel zeigen. Auf diesem Bild ist er der Rechte der beiden Salafisten:



Die gläubigen Moslems brachten fleißig ihre islamischen Befehlsbücher zum Unterwerfen der „Ungläubigen“ unters Volk. Da wir gerade von der Aktion gegen die Christenverfolgung kamen, zeigten wir ihnen die Weltkarte der Menschenrechtsorganisation Open Doors mit den Ländern, in denen Christen am schlimmsten zu leiden haben:



Sie ist vollgepfropft mit islamischen „Gottes“-Staaten, in denen Christen ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Wir wollten von den Salafisten dazu einen Kommentar hören:

Sofort ergaben sich Diskussionen mit anderen Moslems, die aus verschiedenen Ländern weltweit stammten. Natürlich stritten allesamt vehement ab, dass im Koran Befehle zum Töten stünden. Der Islam sei friedlich, die Bösen seien hingegen die USA und Israel. Wir führen seit fünf Jahren intensive Unterhaltungen mit „Rechtgläubigen“ und können bestätigen, dass die Gespräche zu 99,9% alle gleich laufen. Der Islam ist wie eine Sekte, die von ihren Anhängern bedingungslosen Gehorsam fordert und keine Selbstkritik zulässt. Dadurch befinden sich Moslems permanent in einem unauflösbaren Dilemma, wenn sie mit den knallharten Fakten ihrer faschistischen Ideologie konfrontiert werden:

Direkt vor uns konvertierte eine Frau nach dem Gespräch mit dem tschetschenischen Salafisten zum Islam. Sie sagte ihm drei Mal die Bekenntnis-Formel auf arabisch nach. Danach rief er zusammen mit den beiden anderen Mohammedanern mitten in der Fußgängerzone laut triumphierend „Takbir-Allahu Akbar!“ Wenn die junge Frau wüsste, in was sie da hineingeraten ist: Von nun an darf sie keinen Nicht-Moslem mehr heiraten, hat sich von ihrem künftigen Moslem-Mann schlagen zu lassen, wenn er ihre Widerspenstigkeit befürchtet, muss ihm jederzeit sexuell zu Willen sein, erbt nur die Hälfte und ihre Aussage zählt vor Gericht auch nur halb so viel wie die eines Mannes. Und das Schlimmste: Sie darf aus diesem faschistoiden System nie wieder austreten, sonst muss sie getötet werden:

Wir wurden von der Polizei nach etwa einer Viertelstunde dazu aufgefordert, einen Platz abseits der Salafisten einzunehmen, da unsere Diskussion zusammen mit den Schildern „Kundgebungscharakter“ hätte. Aber die Salafisten, die zu dritt Korane verteilten, hatten keine Versammlung angemeldet und durften unbehelligt unter dem Karlstor das gefährlichste Buch der Welt verteilen. Auf Nachfrage teilte mir der Einsatzleiter mit, dass die drei die meiste Zeit mehrere Meter voneinander getrennt verteilen würden. Wir standen vor der Wahl: Entweder alle zusammen einen Platz etwa zehn Meter

entfernt von den Salafisten einzunehmen oder aufzuhören, mit ihnen zu diskutieren. Wir zogen es schließlich vor, weiterzugehen, da unterdessen unsere Mitstreiterin Marie-Louise beim Sammeln von Unterschriften für unser Bürgerbegehren vor der St.Michaels-Kirche von Linken massiv bedrängt wurde.



Wir mussten sie unverzüglich schützen, schließlich wurde sie Anfang März am hellichten Tag von einem dutzend junger Moslems [mitten auf dem Stachus niedergeprügelt](#). Seitdem sind wir auf alles gefasst.



Weitere Fotos:











(Fotos: Shalom Hatikva; Kamera: Vladimir Markovic)

BILD: So kassieren EU-Ausländer bei uns ab!

Der Ansturm osteuropäischer Saisonarbeiter auf deutsches Kindergeld heizt die Debatte um Sozialleistungen für Zuwanderer wieder an! Denn: Neben Kindergeld kassieren EU-Ausländer hierzulande immer öfter auch andere

Sozialleistungen. Das kostet Staat und Sozialkassen mittlerweile drei Milliarden Euro/Jahr! BILD sagt, welche Leistungen EU-Ausländer kassieren: KINDERGELD. Wird derzeit für knapp 660 000 Kinder von EU-Ausländern gezahlt. Davon leben 66 261 Kinder gar nicht in Deutschland – sondern in ihren Heimatländern...

Und so weiter! BILD bringt auch [eine nützliche Tabelle!](#) Was ist passiert? Auch die CSU macht ja in den letzten Tagen immer wieder mit Anti-EU-Tönen von sich reden. Und der Innenminister will bestimmte Asylanten schneller abschieben. Alles sehr erfreulich? Oh, lassen Sie sich bloß nicht primitiv täuschen! Man will nur der AfD in der EU-Wahl am 25. Mai den Wind aus den Segeln nehmen. Ist dann die Wahl vorbei, wird man gar nichts mehr hören. Alle Pläne werden beerdigt und dem dummen Bürger sagt man, es sei leider nicht möglich, etwas zu ändern, das EU-Recht gehe eben vor! Nur wer die AfD wählt, macht damit einen konstanten Druck auf die jetzigen Bundestagsparteien, denn es werden ja laufend neue Landtagswahlen folgen!

Türkei soll Zypern 90 Mio Euro zahlen

Die Türkei soll Zypern wegen Grundrechtsverletzungen im besetzten Norden der Insel insgesamt 90 Millionen Euro an Schmerzensgeld und Entschädigung zahlen. Dies entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am Montag. Der Beschluss ist rechtskräftig. Es ist die höchste Entschädigung, die der EGMR bisher jemandem zugesprochen hat. Die Regierung der Republik Zypern soll das Geld den Angehörigen und den Opfern auszahlen. *Die Regierung in Ankara will das Urteil nicht anerkennen.* Die Entscheidung sei für die

Türkei nicht bindend, sagte Außenminister Ahmet Davutoglu.

Natürlich ist [das Urteil ein verspäteter Witz](#). Heute schreit die EU Zeter und Mordio wegen Putin und der Krim. Daß die Türken vor 40 Jahren mit ihrem Überfall auf das von Griechen bewohnte Zypern einen Teil der EU besetzt haben und immer noch besetzt halten, interessiert die perverse Kamarilla in Brüssel nicht. Null Proteste seit Jahren. Nur die Zyprioten selbst haben immer wieder geschimpft und protestiert. Die EU hat nie reagiert. Als Dank für ihren brutalen Überfall und ihre Besetzung seit fast einem halben Jahrhundert winkt man den Türken mit dem EU-Beitritt. Geht es noch geisteskranker?